

der Hacho



der Hacho
SPD
Oberhaching

September 1994

Auflage 4.000

Technologiefreundlichkeit – oder was sonst ist an Millionen Arbeitslosen schuld

In den Jahren 1990 bis 1992 blieben die bereits seit Anfang der 80er Jahre erkennbaren strukturellen Beschäftigungsprobleme in Bayern in erträglichen Grenzen; wegen des Wiedervereinigungsbooms und auch aufgrund der von den Gewerkschaften durchgesetzten Arbeitszeitverkürzung. Offiziell hieß es damals, die niedrige Arbeitslosenzahl in Bayern sei ausschließlich den vorausschauenden und tatkräftigen Wirtschaftsministern in München und Bonn zu verdanken.

Wer hat uns unsere Arbeitsplätze genommen?

Nur – wer ist denn jetzt eigentlich für die in der Nachkriegsgeschichte beispiellose wirtschaftliche Fehlentwicklung, für die 4 bis 6 Millionen Arbeitslosen verantwortlich? Natürlich in erster Linie fast alle anderen – nur nicht die Wirtschaftspolitiker und Verbandspräsidenten. Etwa die Ausländer, die uns die Arbeitsplätze wegnehmen? Die Bürokraten in Brüssel? Die maßlosen deutschen Gewerkschaftler? Aber da muß doch noch jemand schuld sein. So viele mächtige Gewerkschaftler und erpreßbare Arbeitgeberpräsi-



Der Kandidat der SPD in München-Land-Süd für den Landtag, Helmuth Coqui

ten gibt es doch gar nicht? Richtig, da sitzen ausgerechnet in Bayern noch Millionen von Technologiefreunden in einflußreichen Positionen, die haben sich nur so gut getarnt, daß sie kaum erkennbar sind und nur dank intensiver Suche von den CSU/CDU/FDP Wahlkampfleitungen gefunden werden konnten.

Der »Technologiefreund« ist unter uns

Nur – der/die wirtschaftsschädliche Technologiefreund/in ist schwer zu erkennen, weil auch er/sie – wie wir – in den letzten zehn Jahren (japanische) Fernseher und Videorecorder, CD-Spieler und Videocameras, GTI, ABS, Gefrierschrank und Mikrowelle gekauft hat, am PC sitzt und einen Kabelanschluß hat.

Schon, schon ..., aber waren denn nicht viele Technologiefreunde dadurch erkennbar, daß sie ohne Begeisterung für die Atom-Aufbereitungsanlage in Wackersdorf waren? Ohne Begeisterung für den Rhein-Main-Donau-Kanal-Großausbau sind? Durch Prozesse gar bewirkt haben, daß der F.-J.-Strauß-Flughafen nur noch viel zu groß und nicht mehr ganz viel zu groß ist? Oder gar gegen eine Autobahn südlich um München waren? Oder gegen die "wirtschaftsfördernden" Sportflieger, die so dringend am Sonntag bei schönem Wetter geschäftlich von Neubiberg nach Salzburg mußten? Und doch durch die Besteuerung des Flugbenzins schon so hart im internationalen Wettbewerb benachteiligt sind!

»Technologiefeinde« waren schon immer dagegen

Schon, schon ... natürlich wäre Wackersdorf wirtschaftlich eine noch größere wirtschaftliche Belastung geworden, wäre es je gebaut worden, natürlich sind der Rhein-Main-Donau-Kanal, der Hochtemperaturreaktor und eine 700 Millionen teure Neutronenquelle in Garching auch wirtschaftliche Flops. So müßten wir den Protestlern eigentlich heimlich dankbar sein!

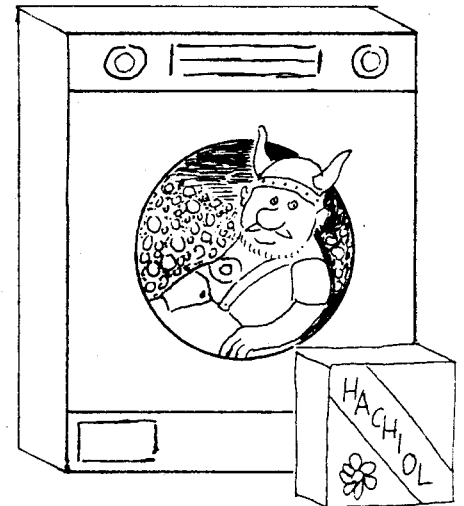
Wer bleibt denn dann als Verantwortlicher für die 4 bis 6 Millionen Arbeitslosen übrig? Wer hatte denn

die Verantwortung in den letzten 10 Jahren?

Wer hatte denn die Verantwortung in den letzten 10 Jahren?

Geben Sie allen, die Ihnen im Wahlkampf erzählen, die Gewerkschaften, Brüssel, die Asylanten und die sogenannte Technologiefindlichkeit sei schuld, an 25. September und 16. Oktober 1994 durch Ihre Stimme bei der Landtags- und Bundestagswahl die Gelegenheit, in Ruhe nachzudenken, zu Hause!

Helmuth Coqui



Die Richtung muß sich ändern

Ein Interview mit dem Landtagskandidaten der SPD, Helmuth Coqui

Hacho: Wie kommt ein Manager in die SPD?

Coqui: Politik - ob in der Gemeinde oder in Bonn - ist zu wichtig, um sie ausschließlich den Berufspolitikern und hauptberuflichen Funktionären zu überlassen. Deshalb bin ich - nach einem zweijährigen Amerikaaufenthalt - 1970 in die SPD eingetreten. In die SPD deshalb, weil die SPD damals - und heute wieder - die Partei der Zukunft, die Partei der Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren war und ist.

Hacho: Was hat Sie bewogen, 1994 für den bayerischen Landtag zu kandidieren?

Coqui: 1994 muß endlich die absolute Mehrheit der CSU mit allen ihren, auch für treue CSU Anhänger unerträglichen Folgen in Bayern beendet werden. Es ist Zeit für den Wechsel zu einer kooperativen Zusammenarbeit aller; das geht aber nur ohne absolute Mehrheit. Bayern braucht die Zusammenarbeit und der bayrische Landtag mehr wirtschaftspolitische Kompetenz. Die ganz überwiegende Mehrheit aller Abgeordneten im bayerischen Landtag sind Beamte und Rechtsanwälte. Ich war seit 30 Jahren in der Industrie beschäftigt; ich glaube, jetzt etwas beitragen zu können.

Hacho: Welche persönlichen Schwerpunkte setzen Sie sich für Ihre Arbeit im Landtag?

Coqui: Ganz klar die Wirtschafts-, Umwelt-, Technologie- und Verkehrspolitik. Diese Gebiete gehören eng zusammen. Ich bin Diplomingenieur und arbeite seit vielen Jahren in der Wirtschaft und auch als Lehrbeauftragter an der TU München. Ich meine, ein wenig mehr Fachkompetenz auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet wird dem Landtag und auch der SPD-Fraktion gut tun.

Hacho: Was ist falsch an der CSU Landespolitik?

Coqui: Lassen Sie mich bei der Wirtschafts- und Verkehrspolitik bleiben. Was nicht stimmt sind die Kompetenz der Wirtschaftsminister und die Richtung der Wirtschaftspolitik. Die Wirtschafts- und Verkehrsministerien in Bonn und München waren in den wirtschaftlich guten Jahren 1982 - 1992 mit Ministern besetzt, die außer dem richtigen Parteibuch/Konfession/Wohnort nichts wesentliches beitrugen. Noch vor einem Jahr bezeichnete der damalige bayerische Ministerpräsident den wirtschaftlich sinnlosen, viele Milliarden teuren Rhein-Main-Donau-Kanal

als den Glanzpunkt bayerischer Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaftspolitik in Bonn und Bayern subventionierte in den letzten zehn Jahren Großprojekte, Großfirmen, Kohle und Getreidetonnen. Sie subventionierte Kernkraftwerke statt Energiesparen, Weltraumraketen statt Solarenergie, Großkonzerne statt aktiver mittelständischer Betriebe. Heute herrscht in praktisch allen industrialisierten Ländern hohe Arbeitslosigkeit, auch im Niedriglohnland Spanien und im arbeitsamen Japan.

Kaum ein anderes Land hat sich aber in den wirtschaftlich fetten Jahren so wenig um eine sinnvolle Wirtschaftspolitik gekümmert wie in Bayern, dafür in selbstgerechter Naivität auf "Mir san Freind, es werd scho wer'n" gehofft. Jetzt sind Brüssel, die Gewerkschaften und die Ausländer schuld. Dabei hat Bayern bestausgebildete Arbeitskräfte, viele gute Mittel- und Kleinbetriebe und einige Welfirmen. Die Richtung der Wirtschaftspolitik muß sich ändern, verkrustete Hierarchiestrukturen in den Großbetrieben und Amigostrukturen in der Verwaltung lähmen die Wirtschaft. Die hohen Sozialabgaben auf die Arbeitsstunde müssen abgebaut werden, die vorhandene Arbeit durch akti-



Der 2. Bürgermeister Jörg Jennen erklärt dem Landtagskandidaten Helmut Coqui während einer Ortsbesichtigung mit dem Radl die Brennpunkte der Gemeinde

ve Förderung der Teilzeitarbeit besser verteilt, Jahresarbeitszeiten anstelle von Wochenarbeitszeiten ermöglicht werden.

Vor allem aber muß ohne viel Bürokratie durch öffentliche Aufträge den Betrieben Anreize für die Entwicklung und Herstellung neuer innovativer Produkte und arbeitsintensiver Dienstleistungen gegeben werden.

Hacho: Wie sehen Sie die Chance, die Alleinregierung der CSU in Bayern im September 1994 zu beenden?

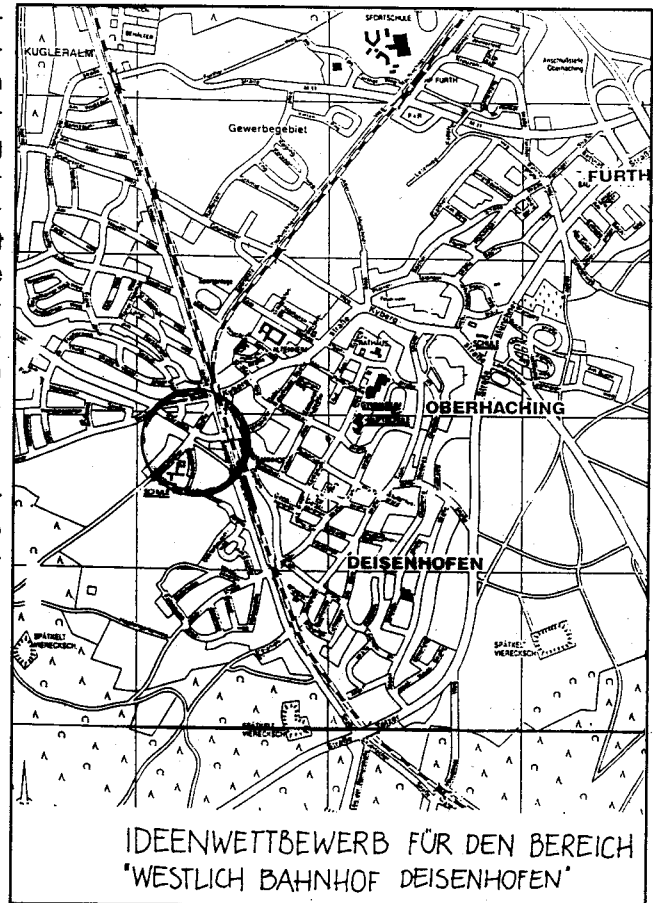
Coqui: Weit weniger als ein Drittel aller Wähler in Bayern wollen heute noch eine Fortsetzung der Alleinregierung der CSU und damit der Amigowirtschaft. Es kommt darauf an, daß wir um das Vertrauen aller aufgeschlossenen Bürger kämpfen und jeden einzelnen davon überzeugen, daß es wichtig ist, zur Wahl zu gehen, keine Stimme, weder Erst- noch Zweitstimme, extremen Parteien zu geben oder an solche Parteien zu verschwenden, die nicht sicher die 5% Klausel erreichen (dann bleiben eigentlich nur drei Parteien übrig in Bayern) daß der SPD Kandidat Vertrauen verdient und – wer weitere vier Jahre Alleinregierung der CSU nicht will – diesmal nicht CSU wählen kann.

Am 25. September kommt es auf jede Stimme an.

Wohnen und Einkaufen westlich des Bahnhofs

Damit das Dorf zur Kirche kommt...

Unser Ziel, leistungsfähige Einkaufsmöglichkeiten westlich des Bahnhofs zu schaffen und gleichzeitig die Kirche in Deisenhofen in Wohnbebauung einzubetten rückt in immer greifbarere Nähe. Die hierfür notwendige Strukturplanung für den Bereich Sauerlacher Straße, Am Eschtor, Wörnbrunner und Laufzorn Straße ist soweit abgeschlossen, daß für das Kerngebiet zwischen Bahnhof und Kirche mit den zugehörigen Anbindungen zur Unterführung der Wörnbrunner Straße und zur Franz-Josef-Strauß-Straße ein Bebauungsplanentwurf erstellt werden kann.



Gemeinde im Grünen

Zwei Entwürfe für den Strukturplan hatte die Gemeinde in Auftrag gegeben. Einen dritten erstellte die gemeindliche Bauverwaltung, in dem die positiven Vorschläge der beiden vorliegenden Entwürfe zusammengefaßt wurden. Das wichtigste Merkmal des Strukturplans ist die Einbeziehung der umliegenden Landschaft in die geplante Bebauung. Vom Bahnhof südlich an Kirche und Schule vorbei wird sich ein breiter Grünzug zu den umliegenden Feldern ziehen und zum Waldrand hin trichterförmig öffnen vergleichbar mit dem Grünzug im Baugebiet Forstanger. Der Blick von Laufzorn zur Kirche bleibt ebenfalls unverstellt. Ein weiterer kleiner Grünzug führt laut dem

verabschiedeten Strukturplan vom Baugebiet Eschtor/Hirtenweg hinaus ins Freie.

Die Erschließung des Gebiets mit Verknüpfung an das bestehende Straßen- und Wegenetz wird vernünftig gelöst, vor allem die Fuß- und Radweg-Verbindung zwischen Bahn und Kirche.

Der neue Ladenstandort liegt gleich neben der künftigen neuen Unterführung für Radfahrer und Fußgänger, gleichsam in Verlängerung der Bahnhofstraße. Somit entsteht eine bequeme Verbindung zwischen den neuen Läden und den bestehenden Strukturen, zum Beispiel zur Post und zur Apotheke.

Fortsetzung Seite 12

15 Gründe SPD zu wählen

Der Wechsel in Bayern ist überfällig

1. Der Wechsel in Bayern ist überfällig

Der Wechsel in der politischen Führung in Bayern ist überfällig. Wir wollen Schluß machen mit dem Alleinvertretungsanspruch einer Partei und dem Filz zwischen Staat und Partei. Auf Mandantenverpachtung und Testamentsausbeutung, Steuergeschenke in Millionenhöhe und all die anderen Amigodienste gibt es nur eine Antwort: Abwahl.

2. In Bayern fehlen zukunfts-trächtige Arbeitsplätze

Die Menschen in Bayern brauchen Arbeitsplätze, die Zukunft haben. Wir wollen solche vorhandenen Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, unter anderem durch Konzentration der Mittel auf Energietechnologie, den Mittelstand sowie Forschung und Entwicklung. Wir werden die Mittel des Landes, des Bundes und der Europäischen Union mit Vorrang in wirtschaftlich schwache und gefährdete Regionen lenken. Ziele unseres Landes-Arbeitsmarktprogramms sind Arbeitsbeschaffung, Umschulung, Ausbildung und Qualifizierung.

Wir werden geeignete private Investoren mit staatlicher Unterstützung absichern und einen „Feuerwehffonds“ für Krisenbranchen einrichten.

3. Forschung und Entwicklung ausbauen

Forschung und Entwicklung heute – wirtschaftlicher Nutzen morgen. Hier hat nicht nur die Industrie, sondern auch der Staat in den vergangenen Jahren zu wenig getan.

Wir werden die Forschungsförderung intensivieren, auf sinnvolle Gebiete konzentrieren und dafür sorgen, daß die Erkenntnisse rascher zur Anwendung gelangen – vor allem beim Mit-

telstand, der aufwendige eigene Forschung nicht bezahlen kann.

4. Wirtschaftsförderung geht am besten vor Ort

Über den Einsatz der Mittel zur Wirtschaftsförderung soll nicht in München, sondern vor Ort entschieden werden. Dort siedeln die vorrangigen Interessen und ist gebündelter Sachverstand versammelt. Um ihn zu nutzen, werden wir regionale „runde Tische“ einrichten, an denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verbände, Wissen-



schaft und staatliche Stellen gemeinsam beschließen, was für ihre Region am besten ist.

5. Ökologische Marktwirtschaft – Synergieeffekte nutzen

Wir wollen Bayern mit einer Umwelt, in der unsere Kinder und wir auch morgen sicher und gesund leben können. Die Wege dorthin heißen „Ökologische Marktwirtschaft“ und „Flächendeckender Natur- und Landschaftsschutz“; sie leisten zweierlei:

- Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- Schaffung neuer zukunftsträchti-

ger Arbeitsplätze auf dem Wachstumsmarkt der Umwelttechnologien.

Ökologische Marktwirtschaft verlangt nach einer ökologischen Steuerreform. Das heißt:

- steuerliche Belastung umweltschädigenden Energie- und Materialverbrauchs,
- Anreize zur Entwicklung und Markteinführung, umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren
- steuerliche Entlastung menschlicher Arbeit.

6. Regenerative Energien fördern

Umkehr in der Energiepolitik! Weiterhin auf Atomenergie und den Verbrauch der restlichen Kohle- und Ölvorräte zu setzen ist unverantwortlich. Alternativen sind zur Hand. Sie wurden bislang vom Staat vernachlässigt. Steuermittel in Milliardenhöhe flossen in Nuklearprogramme; Möglichkeiten zur Einsparung und effizienten Nutzung der Energie, Alternativen wie nachwachsende Rohstoffe oder Solarenergie, die nicht entsprechend gefördert wurden, enthalten gewaltige Potentiale. Wir werden

- der Erforschung und Entwicklung alternativer Energien bei der Vergabe staatlicher Mittel Vorrang einräumen,
- die Dezentralisierung fördern und der Überschußproduktion aus regenerativen Energiequellen faire Marktchancen schaffen und
- private Investoren durch Kreditprogramme und Steuervorteile zum Einsatz neuer Technologien bewegen.

7. Wirtschaft fördern heißt Arbeitsplätze schaffen

Alle Maßnahmen staatlicher Wirtschaftsförderung haben dem Ziel zu dienen, die Arbeitslosigkeit nachhal-

tig zu bekämpfen und die materielle Zukunft der Menschen zu sichern. Unsere Wirtschaftspolitik wird nicht in erster Linie den industriellen Unternehmens- und Anteilseignern weitere Vorteile verschaffen, sondern den Beschäftigten in den Unternehmen, den Selbständigen, Handwerkern und kleinen Betrieben Fortschritte bringen.

8. Bildungsoffensive für alle

Ohne Menschen mit der richtigen Bildung und Ausbildung müssen alle Bemühungen um die ökologische Modernisierung der Wirtschaft scheitern. Wir werden deshalb die Lehrpläne entrümpeln, das bayerische Schulsystem demokratisieren, und pädagogisch unvertretbar große Klassen verkleinern, berufliche und schulische Bildung verzahnen sowie Fachhochschulen und Hochschulen den Bedürfnissen der Studierenden anpassen. In allen Ausbildungs- und Bildungsgängen sollen der Erwerb und das Einüben der Schlüsselqualifikationen – Kreativität, soziales Verantwortungsbewußtsein und Bereitschaft zur Verantwortung, Teamfähigkeit und Lernfähigkeit – Vorrang vor bloßer Wissensanhäufung erlangen.

9. Gerechtigkeit in der Sozialpolitik

In unserem Staat wird nicht zuviel, sondern falsche Sozialpolitik betrieben.

- Wir wollen keinen Kinderfreibetrag, der denen die größten Vorteile bringt, die nicht darauf angewiesen sind, sondern ein festes Kindergeld von DM 250,- je Kind.
- Wir werden die Vorteile des Ehegattensplittings, das Höchstverdienenden ungerechtfertigte Vorteile bringt, begrenzen.

10. Kompetenzverlagerung auf die Kommunen

Staat und Verwaltung in Bayern bedürfen der Reform. Wir werden Kompetenzen der Staatsregierung kürzen und sie auf die Bezirke und Kommunen verlagern. Dazu gehört die zur Aufgabenerfüllung erforderliche Finanzausstattung.

11. Bürgerbeteiligung stärken

Wir wollen die Möglichkeiten der Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger an ihrem Staat erweitern und erleichtern.

Deshalb werden wir vorhandene



Hürden vor Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene beseitigen und dieses Verfassungsrecht auf die Kreise und Kommunen ausdehnen, wie es auch die Initiative „Mehr Demokratie in Bayern“ fordert.

12. Pilotprojekte für neue Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst

Der öffentliche Dienst in Bayern wird eine Vorreiterrolle bei der Einführung neuer Arbeitszeitmodelle übernehmen. Durch die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für Beamte und durch das Angebot tarifrechtlich abgesicherter Teilzeitstellen werden kostenneutral neue Arbeitsplätze geschaffen, die den

Wünschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegenkommen.

Der Gleichstellung von Männern und Frauen werden wir dabei besondere Beachtung schenken.

13. Keine Mehrbelastung für 80% der Steuerzahler

Wir stehen dafür, daß auch die bayerischen Steuerzahler einen gerechten Beitrag zur Vollendung der Deutschen Einheit leisten. Den Steuerzuschlag der Bundesregierung, der alle ungeachtet ihres Einkommens trifft, lehnen wir ab. Unser Finanzierungsmodell stellt 80 Prozent der Steuerzahler frei.

14. Pflegeversicherung gerecht finanzieren

Die nur in Bayern eingeführte Finanzierung der Pflegeversicherung ausschließlich durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir rückgängig machen.

15. Renate Schmidt: Viel Erfahrung und Kompetenz für das Amt der Ministerpräsidentin

Renate Schmidt bringt die richtigen Eigenschaften und Erfahrungen für das Amt der bayerischen Ministerpräsidentin mit:

Zwanzigjährige Berufserfahrung mit einer Ausbildung von der Pike auf und vierzehnjährige Vertretung ihrer Wählerinnen und Wähler im Deutschen Bundestag;

den familien- und sozialpolitische Blick der dreifachen, lange Zeit alleinerziehenden Mutter und doppelten Großmutter;

den unverfälschten und von Affären unbelasteten Anspruch auf Erneuerung;

Menschlichkeit und Einfühlungsvermögen, die nicht zuerst fragen, ob es für einen „Fall“ einen Paragraphen gibt, sondern, ob Politik helfen kann.



Es wird höchste Zeit - für eine bessere Umwelt- und Verkehrspolitik

Die SPD tritt ein...

... für die ökologische Wende in der Energiepolitik

Unser Ziel

Eine ökologisch orientierte Energiewirtschaft, in der alle regenerativen Energieträger gleichrangig für die effiziente Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden. Dabei müssen die Industrieländer eine Vorreiterrolle bei der Entkopplung der Energieerzeugung vom Verbrauch endlicher Rohstoffe und des Ausstoßes von umwelt- oder klimabehäuflichenden Abgasen einnehmen.

Unser Weg

- Völlige Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes (Entstehungsjahr 1936) sowie klare Vorgaben von Politik und Gesellschaft an die Energieversorgungsunternehmen und -verbraucher. Diese Neuordnung ist die Voraussetzung für den von uns angestrebten Ausstieg aus besonders risikobehafteten Formen der Energieerzeugung wie z.B. aus der Kernenergie.

...für die ökologische Wende in der Chemiepolitik

Die chemische Industrie leistet bedeutende Beiträge zur Versorgung und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. SPD-Politik wird dafür sorgen, daß ihr Betrieb und ihre Produkte sicherer werden. Gentechnische Verfahren müssen im Einzelfall nach Chancen und Risiken bewertet und ihre Produkte gekennzeichnet werden.

...für die ökologische Wende in der Abfallpolitik

Unser Ziel

Unbedingter Vorrang von Vermeidung vor Verwertung, vor Deponierung oder Müllverbrennung.

Unser Weg

- Konsequente Durchsetzung und strenge Überwachung der gesetzlichen Vorschriften.
- Hinsichtlich des DSD ist zu sagen: Die Verpackungsverordnung muß geändert werden; Priorität auf Vermeidung, Verbot ökologisch unsinniger Verpackungsmaterialien, Förderung von Mehrweg- und Abgabe auf Einwegverpackungen.

...für die ökologische Wende in der Verkehrspolitik

Unser Ziel

Vereinbarkeit von Mobilität, Sicherheit und sparsamen Umgang mit nicht beliebig vermehrbaren Ressourcen wie z.B. Landschaft und Energie.

Unser Weg

- Berücksichtigung von Verkehrsvermeidung bei Planungen
- Ausbau und finanzielle Absicherung des öffentlichen Personennahverkehrs
- Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen von 120 km/h
- Senkung des durchschnittlichen Benzinverbrauches von Kraftfahrzeugen auf höchstens 5 l/100 km innerhalb von 5 Jahren. Die stufenweise Erhöhung der Mineralölsteuer kann diese Entwicklung beschleunigen.

...für die Sicherung der natürlichen Ressourcen durch Ökologischen Umbau

Unser Ziel

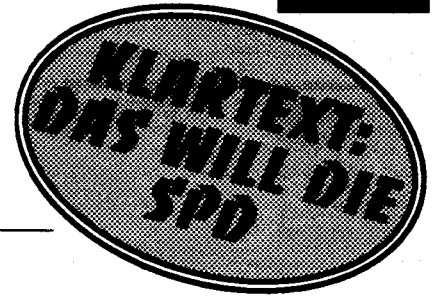
Konkrete Maßnahmen und Entwicklungen zügig voranzutreiben, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen.

Unser Weg

- Herstellung gesunder Lebensmittel durch giftfreien Landbau und artgerechte Tierhaltung.
- Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen auf dem Lebensmittelmarkt.
- Vorlage schlüssiger Artenschutzkonzepte zur Sicherung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen
- Vorlage eines Bodenschutzprogramms, das u.a. folgende Maßnahmen beinhaltet:
- Verringerung der Versiegelung, Schaffung von Grün- und Freiflächen in innerörtlichen Bereichen, Ortung und Sanierung von Altlasten, Verringerung des Chemikalieneintrags.
- Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft
- Senkung des Trinkwasserverbrauches u.a. durch vermehrte Brauchwasserkreisläufe (auch im Haushaltsbereich) sowie Vorgaben für den Wasserverbrauch von Haushaltsgeräten und Produktionsprozessen.

Mit diesen Vorhaben wollen wir die ökologische Wende endlich einleiten und zügig vorantreiben.

Wohnen für alle - für breite Bevölkerungsschichten ange- messene Wohnungsversorgung



Das will die SPD:

Erhöhung des Baulandangebotes zur Entlastung der Baukosten

- primär durch Mobilisierung bereits verfügbaren Baulands
- ersatzweise durch Neuausweisung von Bauland.

Wesentliche Erhöhung der Neubauzahlen zur Abdeckung

- des derzeitigen Wohnungsfehlbestands
- des zusätzlichen Bedarfs entsprechend der voraussichtlichen Entwicklung der Wohnbevölkerung

Konzentration auf erschwingliche Wohnungen unterschiedlicher Größen für

- Arbeitnehmerfamilien
- Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen

Reform oder Neuentwicklung von Förderinstrumenten der Boden- und Wohnungspolitik, die in ihrer Gesamtheit geeignet sind

- ein ausreichendes Wohnungsangebot herbeizuführen
- das Wohnungsangebot einer effektiven und sozialen Nutzung zuzuführen
- Mitnahmeeffekte und Luxussanierung zu verhindern

Verbesserung der Rahmenbedingungen im Planungs-, Verfahrens-, Bau- und Mietrecht

- Abbau von Baubürokratie um mit dem für Wohnungsbau verfügbaren Kapital durch Kostenreduzierung ein größeres Bauvolumen als bisher zu verwirklichen
- Verzahnung von Wohnen, Siedlungsstruktur, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt bei Städte- und Regionalplanung
- Kostensparendes und ökologisch orientiertes (flächen- und energiesparendes) Bauen

Die SPD wird ihre Boden- und Wohnungspolitik auch an übergeordneten Zielsetzungen orientieren und will deshalb

- die Sozialpflichtigkeit des Eigentums einfordern (Art. 14 Grundgesetz)
- das Grundrecht auf angemessene Wohnungsversorgung verwirklichen (aufbauend auf Art. 106 und Art. 83 der Bayerischen Verfassung)
- den Strukturwandel in der Gesellschaft (z.B. Alters- und Haushaltsstruktur), im ländlichen Bereich (z.B. Dorferneuerung), beim Wohnen (z.B. qualitatives Wohnen) berücksichtigen
- bereits vorhandene Instrumente flexibel aber konsequent anwenden und dabei Elemente der Marktsteuerung und der sozialen Regulierung miteinander verbinden
- nicht die Vollkommenheit einer Einzelmaßnahme anstreben, sondern die Zusammenstellung eines wohlabgewo-

genen, aufeinander abgestimmten, ergebnisorientierten Maßnahmenbündels

Die SPD wird bereits vorhandene Instrumente der Bodenpolitik konsequent einsetzen und bei Bedarf ergänzen, insbesondere

- Vergabe gemeindeeigenen Baulands vorzugsweise im Wege des Erbbaurechts
- Nutzung des gemeindlichen An- und Vorkaufsrechts
- Abschöpfung von Planungsgewinnen und Verwendung der Flächen und/oder Erlöse für kommunalen Wohnungsbau, Einheimischenmodelle und die Sicherung der Wohnungsbau-Folgelasten (Schulen, Kindergärten etc.)
- Schließen der Baulücken, Nachverdichten
- Modifizierung der Bodenbesteuerung (Anpassung der Einheitswerte, Bodenwertsteuer)

Die SPD wird eine aktive Wohnungsbaupolitik betreiben und dabei wirkungsvolle Förderinstrumente einsetzen bzw. entwickeln

- Förderung primär des sozialen aber auch des frei finanzierten Mietwohnungsbaus
- Sozial gerechte und effizient gestaltete Förderung von Wohnungseigentum
- Einheimischenmodelle, Modell für genossenschaftliches Bauen und Wohnen
- Neuregelung der Fehlbelegungsabgabe
- Erhöhung der Einkommensgrenzen für Sozialwohnungsberechtigung
- Steuerliche Förderung nicht am Objekt, sondern beim Steuerpflichtigen; Bemessungsgrundlage nicht Einkünfte sondern Steuerschuld
- Mietspiegel mit Staffelung nach Wohnungsklasse
- Novellierung Wohngeldgesetz (u.a. Einkommensgrenzen, Freibeträge, Miethöchstbeträge gem. Standard des Objekts)
- Förderung von Wohnmodellen (Alte und Junge, Familien/Alleinerziehende und Singles, Menschen aus unterschiedlichen Ländern/Kulturen, Behinderte etc.)

Die SPD will die rechtlichen Rahmenbedingungen zugunsten des Wohnens verbessern

- Bauerleichterungsmaßnahmen (Beseitigung bzw. Änderung investitionshemmender Vorschriften, Erleichterung Dachgeschloßausbau)
- Zweckentfremdungsverordnungen
- Wohnungstausch rechtlich verankern
- Erwerb von Belegungsrechten durch Kommunen
- Verlängerung der Belegungsbindungen



Arbeitsplätze schaffen und sichern

Die SPD wird bestehende Arbeitsplätze sichern und das Entstehen neuer Arbeitsplätze fördern

Durch gezielte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern

- Schaffung von Vollbeschäftigung
- Flexible Arbeitszeitregelungen
- Aktive Arbeitsmarktpolitik

Durch zukunftsorientierte Finanz- und Steuerpolitik, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Faktors Arbeit und Erhöhung der Kaufkraft

- Senkung der Lohnnebenkosten, nicht der Nettolöhne
- Steuerliche Entlastung unterer und mittlerer Arbeitseinkommen
- Hilfen für den Mittelstand

Durch Förderung von Forschung und Entwicklung, zu innovativen Produkten und Dienstleistungen

- Entwicklungsförderung durch staatliche Aufträge statt durch globale Kostenzuschüsse
- Konzentration auf Zukunfts- und Umwelttechnologien, besonders alternative Energietechnik
- Stärkere Förderung mittelständischer Betriebe, weniger Förderung für spektakuläre Großprojekte

Die SPD wird gezielt Arbeitslosigkeit bekämpfen

Das Vollbeschäftigungsziel ist ein Eckpfeiler sozialdemokratischer Politik.

- Die Flexibilisierung der Arbeitszeit kommt den Wünschen vieler Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entgegen. Sie ist ein wirkungsvolles Mittel zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es sind unterschiedliche, individuell angepaßte Modelle denkbar und nötig. Besonders zu fördern ist die Teilzeitarbeit. Arbeitszeitverkürzung ist ein wichtiger Weg zur gerechten Verteilung von Arbeit, solange nicht genügend Arbeitsplätze angeboten werden. In der Regel wird dabei - zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen - ein voller Lohnausgleich nicht möglich sein.
- Flexible Ladenöffnungszeiten für kleine, lokale Läden - nicht nur für Tankstellenmärkte - und höhere Flexibilität bei der Ausnutzung von Maschinen erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit, schaffen Arbeitsplätze, reduzieren Verkehr und verbessern die Lebensqualität.

- Arbeit statt Arbeitslosigkeit. In einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt können entweder direkte Lohnkostenzuschüsse oder Zuschüsse für die Durchführung gesellschaftlich sinnvoller Arbeiten, z.B. im Sozial- oder Umweltbereich, gewährt werden. Damit wird die Bezahlung der Arbeitslosigkeit kostenneutral in die Finanzierung neuer Arbeitsplätze umgesetzt.

Die SPD wird durch eine zukunftsorientierte Finanz- und Steuerpolitik die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

- Unser Steuer- und Abgabensystem belastet übermäßig die Arbeitsleistung und reduziert damit überproportional die Nettoeinkommen der unselbständigen Arbeitnehmer. Dies gefährdet Arbeitsplätze in doppelter Weise: durch hohe Arbeitskosten und durch Verringerung der Inlandsnachfrage.

Die Sozialsysteme sind von fremden, gesamtstaatlichen Aufgaben zu entlasten.

- Ziel der SPD ist der aufwandsneutrale Umbau des Steuersystems. Dies kann durch stärkere Belastung des Ressourcenverbrauchs, der Umweltbelastung und der Vermögenszuwächse aus Kapitalerträgen und Planungsgewinnen und durch Entlastung der Arbeitseinkommen im unteren und mittleren Bereich sowie des Investitionskapitals erfolgen.

Die SPD wird der ungerechten Vermögensumverteilung ein Ende setzen

- Es ist unstrittig, daß sich das Einkommen von Vermögensbesitzern von 1981 bis 1991 real, d.h. unter Berücksichtigung der Inflationsrate um 76%, das Realeinkommen der Arbeitnehmer aber nur um 14% erhöht hat. Seit 1991 hat sich dieser Prozeß der Umverteilung von unten nach oben weiter beschleunigt. Nicht Leistung, sondern Vermögen rentiert sich seit 1982.
- Die SPD wird Leistung entlasten, Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern, z.B. Steuerfreiheit für die erste Immobilie, nicht für riesige Immobilienbesitze.

Die SPD ist für die Förderung von Forschung und Entwicklung

- Der unverantwortliche Abbau der Mittel für Forschung und Bildung muß gestoppt werden, die SPD wird mehr Forschungsmittel gezielter einsetzen.
- Zukunftstechnologien, wie neue Werkstoffe, Biotechnik, alternative Energie- und Umwelttechnik sind die neuen Wachstumsmärkte. Entsprechende Investitionen müssen unterstützt werden.

Und der Bart bleibt dran

Ein Interview mit Rudolf Scharping

Hacho: Zu Beginn des Wahljahres sah alles nach einem klaren Wahlerfolg für die SPD aus. Nun, zwei Monate vor dem Wahltag heißt es, die Stimmung sei umgeschlagen. Hat der Herausforderer noch eine Chance?

Rudolf Scharping: Selbstverständlich: Deutschland braucht einen Machtwechsel und nur eine SPD-geführte Bundesregierung bringt die Kraft auf, eine neue Politik durchzusetzen, die den einzelnen wieder in den Mittelpunkt stellt. Es geht darum, den Bürgerinnen und Bürgern neuen Mut zu geben und ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Phantasie für einen gemeinsamen Neuanfang zu mobilisieren. Dafür brauchen wir eine ehrliche Eröffnungsbilanz, die Menschen in Deutschland sind lange genug an der Nase herumgeführt worden.

Ich habe allerdings nie erwartet, daß Helmut Kohl kampflos das Feld räumt; es heißt schließlich auch Wahlkampf und nicht Wahlspaziergang. Wir müssen uns jetzt auf die zentralen Themen unserer Reformpolitik konzentrieren und den Menschen deutlich sagen, was wir wollen.

Hacho: Welches sind die zentralen Aussagen?

Rudolf Scharping: Willy Brandt hat einmal gesagt: „Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen“. Daran halte ich mich. Es geht um den Dreiklang von Reformen in Deutschland: sichere Arbeit, soziale Gerechtigkeit und gesunde Umwelt. Nur wer diesen Herausforderungen gerecht wird, kann die Zukunft sichern und den Menschen wieder eine Perspektive bieten.

Hacho: Im vergangenen Jahr hieß



Rudolf Scharping

es, der Standort Deutschland sei in höchster Gefahr, heute spricht die Regierung nur noch vom Aufschwung. Geht es wirklich wieder aufwärts?

Rudolf Scharping: Ich wünsche uns einen soliden Aufschwung, wie das jeder vernünftige Mensch tut. Jetzt kommt es darauf an, die leichte wirtschaftliche Belebung entschlossen in die richtigen Bahnen zu lenken, damit ein Aufschwung daraus wird, von dem alle profitieren, der neue Beschäftigung schafft und bestehende Arbeitsplätze sichert. Wir brauchen dringend ökologisch verträgliches Wachstum, damit es in Deutschland wieder bergauf geht – die Bilanz nach zwölf Jahren Helmut Kohl ist verheerend: 2000 Milliarden Mark Staatsverschuldung – Höchststand;

2,3 Millionen Haushalte abhängig von der Sozialhilfe – Höchststand; eine Pleitewelle vernichtet Handwerker und Selbständige – auch hier ist ein trauriger Höchststand erreicht.

Hacho: Reformpolitik kostet Geld. Wird ein Bundeskanzler Scharping die Steuererhöhungen fortsetzen?

Rudolf Scharping: Wir haben ganz klar gesagt, der Staat beansprucht zuviel von der Wirtschaftskraft unseres Landes. Die Steuer- und Abgabenlast darf nicht noch weiter erhöht werden, wir müssen innerhalb des bestehenden Systems umschichten. Außerdem wird es Zeit, daß der Staat mit seinen Mitteln endlich sparsamer haushaltet.

Darüber sollte der Finanzminister nachdenken und nicht, wie er schon wieder die Autofahrer zur Kasse bitten kann. Dafür liegen Pläne bereits auf Theo Waigels Schreibtisch, eine Neuaufgabe der Steuerlücke von 1990 darf es aber nicht

geben.

Hacho: Themenwechsel: Wie beurteilen Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den UNO-Einsätzen der Bundeswehr?

Rudolf Scharping: Das Urteil bringt Klarheit für die Politik und für die Soldaten und ihre Angehörigen, es bedeutet in mehrfacher Hinsicht eine Niederlage für die Bundesregierung. Vor allem hat sie keinesfalls das Recht, allein über den Einsatz der Bundeswehr zu entscheiden. Karlsruhe hat klar gemacht, ob man darf. Aber die Politiker in der Regierung und im Parlament sind verantwortlich, wie, wo und wann Soldaten eingesetzt werden sollen. Und dabei hat die SPD eine klare Position.

Hacho: Wie sieht die aus?

Rudolf Scharping: Wir sagen ja zu

allen Maßnahmen, die der Erhaltung des Friedens dienen, in der Regel sind dies nichtmilitärische Einsätze. Nichts, was dem Golfkrieg ähnelt, wird von der SPD mitgetragen.

Hacho: Ein zweites Thema beherrscht derzeit die öffentliche Diskussion: Wie ist die Haltung der SPD zur PDS?

Rudolf Scharping: Die PDS ist nicht der Knüppel, mit dem man die SPD treiben kann. Wir haben eine klare Trennlinie gezogen: Die PDS ist keine Partei des Verfassungsbogens, die SPD wir in keiner Weise mit ihr zusammenarbeiten. Wir kämpfen gegen die PDS als Partei, ihren Wählerinnen und Wählern müssen wir jedoch deutlicher machen, daß jede Stimme für die PDS wie eine Stimme gegen den dringend notwendigen Wandel in Deutschland wirkt. Was Magdeburg angeht, so soll das öffentliche Gerede von CDU/CSU lediglich von eigenen Fehlern ablenken. Die Regierung Bergner ist mit einem Verlust von 14,5% stärker bei den Wählern eingebrochen, als je eine Regierung in Deutschland zuvor. Die CDU ist nun aufgefordert, die Mehrheit unter den Demokraten des Landes zu unterstützen.

Hacho: Eine persönliche Frage zum Schluß: Man sagt ihnen nach, Sie seien nüchtern und steif. Ärgert Sie das?

Rudolf Scharping: Eines weiß ich genau: Bei diesen Charakterisierungen geht es nicht um mich. Wer Scharping schlägt, will die SPD treffen. Aber da machen wir nicht mit. Eines will ich aber zugeben: Ich bin nicht der Flexibelste. Und das hat etwas mit meinem Rückgrat zu tun; in der deutschen Politik gibt es schon genug, die glauben, wenn sie sich in den Wind drehen, hätten sie schon Richtung und Programm.

Hacho: Und der Bart...?

Rudolf Scharping: Der bleibt dran.



Umweltpolitik Kohls ist wirkungslos

In der auslaufenden Legislaturperiode wurde kein umweltpolitisches Reformwerk durchgesetzt

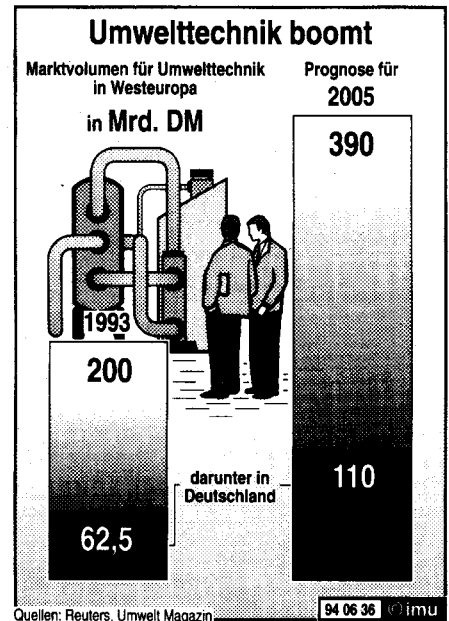
In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 30. Januar 1991 steht: „Zu den größten Herausforderungen der neunziger Jahre gehört der Schutz von Natur und Umwelt. Nur wenn wir den Frieden mit der Schöpfung wiederherstellen, wird unsere Heimat lebenswert bleiben und unversehrt auf künftige Generationen übergehen.“

Konzeptionslos verwurstelt die Regierung Kohl unsere Umwelt

Fakt ist: Die Umweltpolitik der Bundesregierung ist nicht nur wirkungslos, sondern wird auch heute wieder zurückgedreht. Der Umweltminister spielt faktisch keine Rolle mehr im Bundeskabinett. Es fehlt ein Gesamtkonzept zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft, durch das neue umweltfreundliche Produkte und Verfahren auf den Markt kommen, die sowohl die Umwelt entlasten als auch Arbeitsplätze und Wettbewerbschancen schaffen. Der Etat des Bundesumweltministers wurde schrittweise verringert, dem Umweltbundesamt die Forschungsmittel gekürzt und insgesamt Personal in erheblichem Umfang abgebaut. Nur scheinbar wird Umweltpolitik gemacht, praktisch wurstelt sich die Bundesregierung konzeptions- und erfolglos durch.

Den Flop des "Grünen Punkt" bezahlen wir alle

Herr Töpfer konnte in dieser Legislaturperiode kein einziges umweltpolitisches Reformwerk durchsetzen. In der Abfallpolitik landete er mit dem grünen Punkt einen teuren Flop, beim Kreislaufwirtschaftsgesetz wurde ihm



die Federführung entzogen und ein Gesetzentwurf vorgelegt, der mit der Idee von Vermeidung wenig zu tun hat, beim Boden- oder Naturschutzgesetz kam es nicht einmal zu einer Beratungsvorlage.

Wir brauchen die ökologische Steuerreform

Es fehlen wichtige Maßnahmen zur Förderung ökologischer Innovationen: eine ökologische Steuerreform, bei der die Belastung der Umwelt verteuert und die Arbeitskosten verringert werden; eine Reform des ordnungsrechtlichen Rahmens, um den ökologischen Strukturwandel zu fördern; Strategien zur Verkehrsvermeidung und zum Ausbau des Güter- und Personenverkehrs auf der Schiene; Maßnahmen zur Verbesserung des Lärmschutzes sowie ein Programm „Umwelt und Gesundheit“, das insbesondere kranken Kindern helfen soll.

Familienangelegenheiten

Ein Beitrag von Otto Schily (MdB) zur Familienpolitik

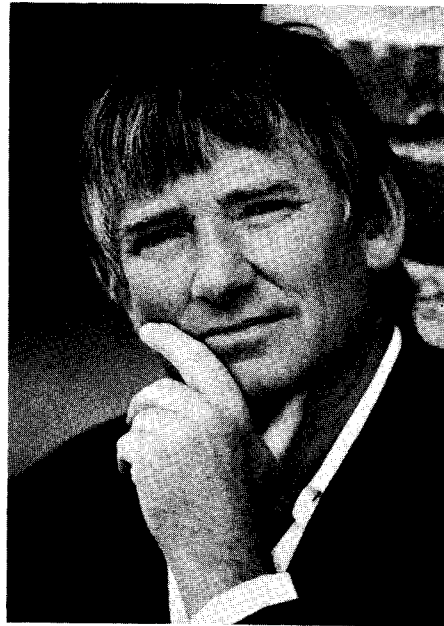
Eigentlich müßte eine verantwortungsvolle Gesellschaftspolitik die Familienpolitik in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen, denn es sind die Familien, in denen sich die Werte und Einstellungen entwickeln, die nach und nach die ganze Gesellschaft prägen.

Familie ist Lebens- und Versorgungsgemeinschaft mehrerer Generationen, in den vielfältigsten Formen des Zusammenlebens. In ihr können Geborgenheit, Fürsorge, Zusammenleben und Zusammenhalten erfahren und erlernt werden. Sie hat deshalb Anspruch auf Schutz und Förderung durch Staat und Gesellschaft. Der Staat muß die besonderen Belastungen von Familien in der Gesellschaft ausgleichen, für gleiche Bildungschancen der Kinder sorgen, zusätzliche Erziehungsangebote und soziale Dienste bereitstellen und die Rahmenbedingungen schaffen, die eine Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Pflichten ermöglichen und die häusliche Pflege von Kranken oder Alten in der Familie möglich machen.

Wie sieht die Unterstützung von Familien in der Realität aus?

1994, im Jahr der Familie, wird in vielen Sonntagsreden das hohe Lied auf die Familie gesungen. Der Alltag der Familien in unserem Land bietet wesentlich weniger Anlaß zu fröhlichem Feiern. Kinder sind in unserem Land schon längst nicht mehr nur Glück für die Mütter und Väter. Nach übereinstimmenden Untersuchungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Caritas und der Wohlfahrtsverbände sind Kinder in unserer Gesellschaft immer mehr zum Armutsrisiko geworden:

30 Prozent der Menschen, die in den alten Bundesländern Sozialhilfe beziehen, sind noch keine 15 Jahre alt, in den neuen Bundesländern sind es sogar 36 Prozent. Fast die Hälfte aller Bewohner von Obdachlosenunterkünften sind Kinder. Das Einkommen von drei Vierteln aller jungen Familien mit Kindern unter einem Jahr liegt in Deutschland nur knapp über der Armutsgrenze. Dies ist ein unwürdiges Armutszeugnis für eines



Otto Schily, der Bundestagsabgeordnete der SPD für München-Land

der reichsten Länder der Erde.

Die Förderung der Familien ist unzureichend

- Der Lastenausgleich durch Kindergeld und Steuerfreibeträge deckt das Existenzminimum eines Kindes nicht annähernd. Das ist verfassungswidrig, wie das Bundesverfassungsgericht bereits zweimal festgestellt hat.
- Viele Eltern müssen auf Erwerbseinkommen und – trotz inzwischen erfolgter Anerkennung von drei Erziehungsjahren in der Rentenversicherung – immer noch auf Rentenleistung

gen verzichten, wenn sie wegen der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen.

- Alleinerziehende sind auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt massiv benachteiligt.
 - Kinderbetreuungseinrichtungen wie Krippen, Kindergärten, Horte und Ganztagschulen stehen nicht ausreichend zur Verfügung.
- Diese verhängnisvolle Entwicklung muß gestoppt und umgekehrt werden.

Das will die SPD-Bundestagsfraktion so erreichen:

Familien sollen in allen wichtigen Lebensbereichen auf Solidarität und Förderung rechnen können.

Der allgemeine Kostenausgleich muß das Existenzminimum von Kindern sichern. Er muß sich an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientieren und regelmäßig an deren Entwicklung angepaßt werden. Die mit der Existenz von Kindern verbundenen Kosten sollen gerechter als bisher auf alle verteilt werden.

- Als ersten Schritt auf dem Weg zu einem gerechten und verfassungskonformen Familienlastenausgleich wird eine künftige SPD-geführte Regierung das Kindergeld auf DM 250,- für jedes Kind erhöhen und vom vierten Kind an DM 100,- zusätzlich zahlen. Damit wollen wir vor allem die finanzielle Lage von Familien mit kleinen und mittleren Einkommen spürbar verbessern.



Helmut Coqui



Ärger mit Ämtern?

Wir helfen!

SPD-Bürgerbüro für den Landkreis München
– seit über 16 Jahren –

Telefon 22 02 33
jeden Montag ab 10 Uhr



Prof. Dr. Gantzer
MdL

SPD-Landtagskandidaten im Landkreis München

- Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz muß durchgesetzt werden, ohne die Kommunen über Gebühr zu belasten. Wir wollen mehr Ganztagschulen, um für Eltern mit Schulkindern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.

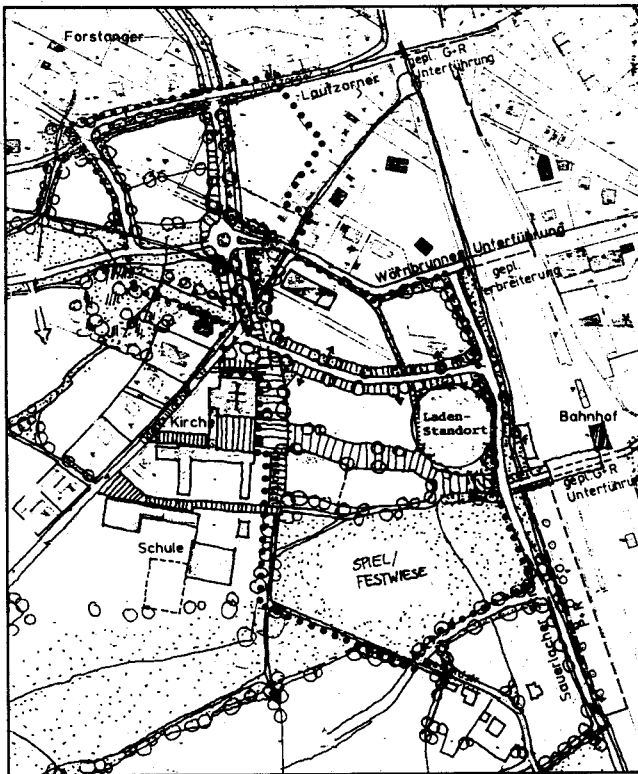
- Wer seine Erwerbstätigkeit zur Erziehung seiner Kinder oder zur Pflege von Angehörigen unterbricht, muß rentenrechtlich angemessen abgesichert werden.
- Die Versorgung von Familien mit Kindern mit ausreichendem bezahl-

barem Wohnraum muß wirksam gefördert werden.

Diese Ziele wird die sozialdemokratische Familienpolitik mit großem Nachdruck verfolgen. 1994, das Jahr der Familie, soll auch zu einem Wechsel in puncto Familienpolitik werden.

Wohnen und Einkaufen westlich des Bahnhofs

Fortsetzung von Seite 3



künftige Fehler zu vermeiden, die durch kurzatmig zu treffende Beschlüsse auch in angrenzenden Flächen entstehen könnten.

Architektenwettbewerb für Bebauungsplan

Lediglich das Kerngebiet soll baldmöglichst einen Bebauungsplan erhalten, um so endlich die Einkaufsmöglichkeiten entscheidend zu verbessern. Zugleich soll die Wohnstruktur verbessert werden durch den Bau von Geschößwohnungen zwischen Bahnhof und

Zuwachs um Zehntausend Einwohner?

Wilde Gerüchte gehen herum im Ort. Immer dramatischer steigt der erwartete Zuzug in das in Planung befindliche Gebiet.

Tatsache ist dagegen, daß im Planungsgebiet für höchstens dreitausend Bürger Platz geschaffen wird. Doch niemand im Gemeinderat ist bereit, für das gesamte Gebiet in absehbarer Zeit Baurecht zu schaffen. Vielmehr soll neben dem kurzfristig zu bebauenden Kerngebiet erst langfristig und schrittweise weiteres Land zur Bebauung freigegeben werden. Heute geht es darum, in überspannender Planung

Kirche. Auch hier gilt wieder die "Oberhachinger Linie": Keine Hochhäuser! Um eine möglichst optimale Planung zu erreichen, hat die Gemeinde fünf Architekturbüros zu einem Wettbewerb eingeladen. Das Preisgericht wird am 22. November beraten, wodurch dem Gemeinderat im Dezember die Entscheidung möglich wird. Die Ergebnisse der Planung werden auf Antrag der SPD-Fraktion in einer öffentlichen Bürgerversammlung dargestellt, damit jeder Bürger genügend Information erhalten kann, um Bedenken und Anregungen vorzubringen.

Jörg Jennen, 2. Bürgermeister

Inhalt und Autoren:

- Seite 1: Technologiefreundlichkeit
Helmuth Coqui
- Seite 2: Die Richtung ändern
Interview mit Helmuth Coqui
- Seite 3: Wohnen und Einkaufen
Jörg Jennen
- Seite 4: 15 Gründe SPD zu wählen
OVID
- Seite 6-8: Klartext: Das will die SPD
SPD-UB München-Land
- Seite 9: Der Bart bleibt dran
Interview mit R. Scharping
- Seite 10: Umweltpolitik Kohls
Artikeldienst
- Seite 11: Familienangelegenheiten
Otto Schily

Impressum:

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Oberhaching

Redaktion:
Helga Winkler, Kohlstattstr. 4 (verantwortlich), Hannelore Jennen, Manfred Schwarz, Albert Wachten, alle 82041 Oberhaching

Layout, Gestaltung, DTP-Satz:

INFOTEXT
Norbert Jennen
Liniestraße 117
82041 Oberhaching

"Der Hacho" ist das Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins für alle Bürger der Gemeinde Oberhaching. Er erscheint in unregelmäßiger Folge.

Der Ortsverein tagt an jedem zweiten Dienstag des Monats um 19:30 Uhr in der Gaststätte Neumaier, Hahilingstraße. Auch Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

